

Fickermann, Detlef; Edelstein, Benjamin

Article — Published Version

"Langsam vermissе ich die Schule ...". Schule während und nach der Corona-Pandemie

DDS – Die Deutsche Schule

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Fickermann, Detlef; Edelstein, Benjamin (2020) : "Langsam vermissе ich die Schule ...". Schule während und nach der Corona-Pandemie, DDS – Die Deutsche Schule, ISSN 0939-0138, Waxmann, Münster, Iss. Beiheft 16, pp. 9-33, <https://doi.org/10.31244/9783830992318.01>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/222254>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

EDITORIAL

„Langsam vermisse ich die Schule ...“

Schule während und nach der Corona-Pandemie

“I’m Starting to Miss School ...”

Schooling during and after the Corona Pandemic

Mit diesem Editorial verfolgen wir mehrere Ziele: Wir wollen (1) mittels einer kurzen Chronologie die Entscheidungsprozesse zu den Schulschließungen und den schrittweisen Wiedereröffnungen ins Gedächtnis rufen und anschließend (2) kurz auf die damit verbundene politische Machtdynamik eingehen. Der Umgang mit der Pandemie ist eng verknüpft mit der Frage des Stellenwertes wissenschaftlicher Beratung für politische Entscheidungen. Auch hierauf wollen wir kurz eingehen (3), ebenso wie auf den Umgang der Presse mit (vor-)veröffentlichten Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen (4). Die Pandemie hat umfangreiche Forschungsaktivitäten nicht nur im medizinischen Bereich ausgelöst, sondern auch hinsichtlich ihrer möglichen sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Auch im Bildungsbereich wurden bzw. werden noch zahlreiche Studien durchgeführt. Wir wollen in Ergänzung zu den in diesem Beiheft vorgestellten Untersuchungen weitere zumindest kurz erwähnen (5).

In diesem Beiheft richten wir den Blick auf das Thema „Schule während und nach der Corona-Pandemie“. Die Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen haben aber nicht nur Konsequenzen für das Lernen der Kinder und Jugendlichen, sondern stellen viele Familien vor eine Belastungsprobe, die im schlimmsten Fall in häusliche Gewalt münden kann. Diesen, unseres Erachtens zu wenig thematisierten Aspekt wollen wir kurz aufgreifen und auf einige vorliegende Studien verweisen, die deutlich machen, dass Gewalt in der Familie in der Zeit des „Lockdown“ in der Tat signifikant zugenommen hat (6). Schließlich geben wir zum Abschluss des Editorials einen kurzen Überblick über die Zielsetzung des Beiheftes und die enthaltenen Beiträge (7).

1 Kurze Chronologie der politischen Entscheidungen zu den zeitweisen Schließungen und schrittweisen Wiedereröffnungen der Schulen

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (02.06.2020) für dieses Beiheft ist es etwas mehr als vier Monate her, dass die erste erfasste Erkrankung mit dem neuartigen Virus SARS-CoV-2¹ in Deutschland festgestellt wurde (27.01.2020). Es dauerte einige Zeit, bis die Gefahr, die von dem Virus ausgeht, erkannt wurde. Erst Anfang März empfahl Bundesgesundheitsminister Jens Spahn die Absage von Großveranstaltungen mit mehr als 1.000 Personen. Er selbst bzw. die Bundesregierung sind jedoch in der föderal organisierten Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage weitgehend machtlos, denn die Entscheidungsgewalt liegt gemäß dem Infektionsschutzgesetz² bei den einzelnen Ländern und Kommunen. Karnevalsveranstaltungen, Starkbierfeste und andere Großveranstaltungen wurden zunächst nicht abgesagt – wie wir heute wissen mit teils dramatischen Folgen. Auch Spiele der Fußballbundesliga fanden beispielsweise zunächst weiter statt.

Am 11. März trat die Bundeskanzlerin, gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsminister und dem Präsidenten des Robert Koch-Instituts, vor die Presse. Ihr Statement lässt sich mit „Die Lage ist ernst“ zusammenfassen (vgl. Bundesregierung, 2020a). Eine Notwendigkeit für flächendeckende Schulschließungen sah der Bundesgesundheitsminister zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht (ebd.).

Am 12. März tagte die Kultusministerkonferenz (KMK, 2020a). Die Minister*innen und Senator*innen wollten – so der Tenor der anschließenden Pressekonferenz – zunächst keine generellen Schulschließungen, bereiteten sich aber darauf vor, dass sie kommen. Die Empfehlungen des Robert Koch-Institutes (RKI) sollten der Maßstab ihres Handelns sein. Nach einem Treffen mit den Regierungschefinnen und -chefs der Bundesländer sprach die Bundeskanzlerin am gleichen Tag von einer außergewöhnlichen Situation. Die Menschen sollten ihre Sozialkontakte soweit wie möglich einschränken.

Nur einen Tag später, am 13. März, verfügten Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein landesweite Schulschließungen ab dem 16. März, Baden-Württemberg und Thüringen ab dem 17. März

- 1 Das Virus trägt die offizielle Bezeichnung SARS-CoV-2. Die durch das Virus hervorgerufenen Atemwegserkrankungen werden COVID-19 genannt. Im allgemeinen Sprachgebrauch hat sich weitestgehend Corona und in dessen Folge Corona-Pandemie durchgesetzt. Während sich eine Epidemie auf einzelnen Regionen beschränkt, breitet sich eine Pandemie über Ländergrenzen und Kontinente hinweg aus. In diesem Beiheft verwenden wir einheitlich die umgangssprachlichen Bezeichnungen Corona und Corona-Pandemie.
- 2 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (vgl. <https://www.gesetze-im-internet.de/ifsg/>; Zugriff am 02.06.2020).

und Berlin und Brandenburg ab dem 18. März. In Hamburg waren die Schüler*innen aufgrund der Frühjahrsferien zu diesem Zeitpunkt schon seit dem 2. März nicht mehr in der Schule.

Die Bundesregierung und die Regierungschefinnen und -chefs der Bundesländer vereinbarten in ihrem Treffen am 16. März „Leitlinien zum einheitlichen Vorgehen zur weiteren Beschränkung von sozialen Kontakten im öffentlichen Bereich angesichts der Corona-Epidemie in Deutschland“ (Bundesregierung, 2020b). In einer Fernsehansprache sprach Bundeskanzlerin Merkel am 18. März von einer Herausforderung historischen Ausmaßes. Sie mahnte Solidarität und Disziplin im Kampf gegen das neuartige Virus an. Soziale Kontakte müssten minimiert werden.

Eine Woche nach Verabschiedung der Leitlinien (s. o.) einigten sich Bund und Länder auf strenge Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen (Bundesregierung, 2020c). Millionen Deutsche konnten nun nicht mehr arbeiten bzw. gingen in Kurzarbeit oder arbeiteten im Homeoffice. Wiederum eine Woche später, am 1. April, wurden die Kontaktbeschränkungen bis zum 19. April, also bis zum Ende der Osterferien in den meisten Bundesländern, verlängert (Bundesregierung, 2020d).

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und -chefs der Länder beschlossen am 15. April, der dritten Stellungnahme der Deutschen Nationalakademie Leopoldina (2020c) folgend, eine schrittweise Aufhebung der Kontaktbeschränkungen unter Auflagen. In ihrem Beschluss heißt es für die Kindergärten, Schulen und Hochschulen, dass ein Vorlauf vor der Öffnung notwendig sei,

„damit vor Ort die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen getroffen und zum Beispiel die Schülerbeförderungen organisiert werden können. [...] Die [zwischenzeitlich eingerichtete; D.F.] Notbetreuung wird fortgesetzt und auf weitere Berufs- und Bedarfsgruppen ausgeweitet. Prüfungen und Prüfungsvorbereitungen der Abschlussklassen dieses Schuljahres sollen nach entsprechenden Vorbereitungen wieder stattfinden können. Ab dem 4. Mai 2020 können prioritär auch die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen und qualifikationsrelevanten Jahrgänge der allgemeinbildenden sowie berufsbildenden Schulen, die im nächsten Schuljahr ihre Prüfungen ablegen, und die letzte Klasse der Grundschule beschult werden. Die Kultusministerkonferenz wird beauftragt, bis zum 29. April ein Konzept für weitere Schritte vorzulegen, wie der Unterricht unter besonderen Hygiene- und Schutzmaßnahmen, insbesondere unter Berücksichtigung des Abstandsgebots durch reduzierte Lerngruppengrößen, insgesamt wieder aufgenommen werden kann. Dabei soll neben dem Unterricht auch das Pausengeschehen und der Schulbusbetrieb mit in den Blick genommen werden. Jede Schule braucht einen Hygieneplan. Die Schulträger sind aufgerufen, die hygienischen Voraussetzungen vor Ort zu schaffen und dauerhaft sicherzustellen“ (Bundesregierung, 2020e).

Den Zeitpunkt der Aufnahme des Unterrichts der jeweiligen Klassenstufen und der Betreuung in Kindergärten wollte die Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder vor dem Hintergrund der Entwicklung der Infektionszahlen beraten.

Vor, während und kurz nach den Beratungen kündigten einzelne Länder jedoch bereits an, wann sie die Schulen schrittweise wieder öffnen wollten. Während zu Beginn der Pandemie die Bundesregierung eher zögerlich reagiert und z. B. Bayern mit Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung und auch mit Schulschließungen eine Vorreiterrolle übernommen hatte, gingen nun die meisten Länder dazu über, eine Wiedereröffnung von Einrichtungen und eine Aufweichung der Kontaktbeschränkungen zu forcieren. Die Bundesregierung verlor dadurch ihre führende Rolle beim Kampf gegen die Pandemie. Sie konnte weiter darauf drängen, dass die Kontaktbeschränkungen beibehalten werden; die Entscheidungsbefugnis lag und liegt aber bei den Ländern.

Nachdem kurzzeitig über eine mögliche Aussetzung der Abiturprüfungen und weiterer zentraler Abschlussprüfungen diskutiert worden war, verständigten sich die für die Schulen zuständigen Minister*innen und Senator*innen am 15. April darauf, dass die Schüler*innen keine Nachteile durch die Ausnahmesituation haben sollen und noch im laufenden Schuljahr ihre Abschlüsse erwerben können. Die Prüfungen, insbesondere die schriftlichen Abiturprüfungen, sollen zum geplanten bzw. zu einem Nachholtermin bis Ende des Schuljahres stattfinden, insofern dies mit Blick auf das Infektionsgeschehen vertretbar ist (KMK, 2020b).

Am 22. April beschloss der Koalitionsausschuss der die Bundesregierung tragenden Parteien, zusätzlich zu dem von Bund und Ländern abgeschlossenen Digitalpakt weitere 500 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Etwas mehr als drei Wochen später (am 13. Mai) einigten sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die KMK auf eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung. Mit den Mitteln sollen mobile Endgeräte beschafft und von den Schulen und Schulträgern an benachteiligte Schüler*innen ausgeliehen werden. Außerdem soll die Erstellung professioneller Online-Lehrangebote durch die Schulen gefördert werden, da Bund und Länder davon ausgehen, dass der Unterricht auf absehbare Zeit aus einer Mischung von Präsenzunterricht und digitalem Lernen von zuhause aus bestehen wird (KMK, 2020d).

Das von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und -chefs der Länder bei der KMK in Auftrag gegebene Rahmenkonzept für die Wiederaufnahme von Unterricht in Schulen wurde von der KMK am 28. April beschlossen (KMK, 2020c). Jedoch wurde es nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am 30. April von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und -chefs in einer Telefonschaltkonferenz beraten (Bundesregierung, 2020f), sondern erst in einer späteren am 6. Mai (Bundesregierung, 2020g). Sie vereinbarten:

„Die Schulen sollen schrittweise eine Beschulung aller Schüler unter Durchführung entsprechender Hygienemaßnahmen bzw. Einhaltung von Abstandsregeln ermöglichen. Diese betreffen sowohl den Unterricht, als auch das Pausengeschehen und die Schülerbeförderung.

Die Wiederaufnahme des Unterrichts in Form von teilweise Präsenzunterricht für Schülerinnen und Schüler hat begonnen und soll in weiteren Schritten gemäß dem Beschluss der Kultusministerkonferenz in der Zuständigkeit der Länder fortgesetzt werden. Ziel ist, dass in Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen bis zu den Sommerferien jede Schülerin und jeder Schüler einmal die Schule besuchen kann. Parallel dazu sollen digitale Unterrichtskonzepte und -angebote weiterentwickelt werden“ (ebd.).

Die Entscheidungen über die schrittweisen Wiedereröffnungen der Schulen wurden von nun an in den einzelnen Ländern getroffen. Ein irgendwie koordiniertes Vorgehen ist nicht mehr erkennbar. Dies gilt sowohl für den Umgang mit Zeugnissen und Versetzungen (Olbrich, 2020) als auch für das Vorgehen bei der Wiedereröffnung. Als erstes Land kündigte Sachsen am 22. Mai an, dass nach den Sommerferien für alle Schüler*innen wieder regulärer (Präsenz-)Unterricht stattfinden soll (Spiegel-Online, 2020).

In ihrem wöchentlich herausgegebenen Newsletter teilte die Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung am 29. Mai mit, dass die für Schule zuständigen Minister*innen und Senator*innen zusammen mit führenden Virolog*innen eine Konferenz unter der Leitung Hamburgs durchführen wollen. Erkenntnisse aus dem Treffen mit den Wissenschaftler*innen könnten den Kurs der Bundesländer entscheidend beeinflussen. Ties Rabe, Senator für Schule und Berufsbildung, warnt jedoch vor zu viel Hoffnung:

„Wir werden jetzt intensiv prüfen, ob wir nach den Sommerferien mit einer Vollöffnung weitermachen können. Die Bedingung dafür ist, dass die Virologen Kinder in ihrer Bedeutung für das Infektionsgeschehen tatsächlich anders bewerten als Erwachsene.“ (BSB, 2020).

Nachtrag

Die KMK will geschlossen und so schnell wie möglich zum Regelbetrieb an den Schulen zurückkehren. Darüber sei sie sich einig, so ihre Präsidentin Stefanie Hubig in einer aktuellen Mitteilung am 5. Juni: „Unsere Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf Bildung. Und dieses Recht kann am besten in einem möglichst normalen Schulbetrieb umgesetzt werden“ (KMK, 2020e). Die nach der Sitzung am 2. Juni entstandene Beschlussfassung hat erst mit etwas Verzögerung die Zustimmung aller für Bildung zuständigen Minister*innen und Senator*innen gefunden. Währenddessen haben jedoch zahlreiche Länder bereits die Schulöffnungen verkündet.

2 Machtdynamiken

Der Umgang mit der Pandemie gewährt Einblicke in die Dynamik politischer Entscheidungsprozesse. Die für die Schließungen der Schulen und ihre schrittweise Wiedereröffnung zentralen Akteure – das sind die Bundeskanzlerin, der Bundesgesundheitsminister, die Bundesbildungsministerin, die Regierungschefinnen und -chefs der Länder und die für die Bildung zuständigen Minister*innen und Senator*innen – hatten im zeitlichen Verlauf der politischen Diskussion unterschiedliches Gewicht. Nach der Sitzung der KMK am 12. März trafen die Regierungschefinnen und -chefs der Länder unkoordiniert die Entscheidung zu den Schulschließungen. Ob und in welcher Weise dabei eine Abstimmung mit den zuständigen Ressorts (Gesundheit und Bildung) in einzelnen Ländern stattfand, ist offen. Wenn es solche Abstimmungsprozesse gegeben haben sollte, ist der Beschluss der KMK vom 12. März angesichts der einen Tag später von den Regierungschefinnen und -chefs angekündigten Schulschließungen kaum noch nachzuvollziehen.

In den darauffolgenden Wochen dominierten zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung meist die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung. Die anschließenden Öffnungsdiskussionen erweckten den Eindruck eines Wettlaufes möglicher Kanzlerkandidaten. Während der Ministerpräsident des Landes NRW, Armin Laschet, zunächst sehr vorsichtig argumentierte, wechselte er sehr bald in die Rolle des schnellen „Öffners“. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hingegen war bei den Schulschließungen der Erste; im weiteren Verlauf der Öffnungsdebatten argumentierte er jedoch sehr zurückhaltend. Ab Mitte Mai übernahmen dann die Regierungschefinnen und -chefs der ostdeutschen Bundesländer mit ihren Entscheidungen zur Wiederaufnahme des Kindergarten- und Schulbetriebs und zu den Lockerungen der Kontaktbeschränkungen bis hin zu ihrer Aufhebung eine führende Rolle.

Ob und in welchem Ausmaß die jeweils eingenommenen Positionen dem unterschiedlichen Infektionsgeschehen in den Ländern geschuldet waren oder eher politische Profilierungsinteressen dominierten, kann an dieser Stelle nicht ausführlich analysiert werden. Festzuhalten sind der mit der Zeit abnehmende Einfluss des Bundes – dies gilt selbstverständlich nicht für Themen wie Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarkt u. a. –, der Eindruck einer fehlenden Abstimmung zwischen den Ländern, eine eher untergeordnete Rolle der für Bildung zuständigen Minister*innen und Senator*innen und eine in der öffentlichen Debatte geringe Präsenz der für die Gesundheit zuständigen Ressortchefinnen und -chefs der Länder. Ob und wie die KMK im schulischen Umgang mit der Pandemie wieder eine koordinierende Rolle einnehmen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt offen.

Schließlich sind noch die Versuche der Bundesbildungsministerin zu erwähnen, ohne jede Zuständigkeit die Diskussion über Schulschließungen und die Wiederaufnahme des regulären Schulbetriebs nach den Sommerferien durch Interviews mit beeinflussen zu wollen. Auch hier kann unterstellt werden, dass das Interesse an einer politischen Profilierung überwiegt. Es kann als sicher gelten, dass die für Bildung zuständigen Minister*innen und Senator*innen über die Äußerungen alles andere als erfreut waren.

3 Positionierungen und Empfehlungen aus der Wissenschaft

Sehr frühzeitig hat die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina Wissenschaftler*innen in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zusammengerufen, um sich mit der aktuellen Pandemie zu befassen. Bislang sind vier Stellungnahmen von ihr veröffentlicht worden.

In ihrer ersten Stellungnahme vom 21. März empfahl die Leopoldina einen ca. dreiwöchigen „Shutdown“ mit konsequenter räumlicher Distanzierung. Zudem sollten in der Zeit des „Shutdowns“ Vorbereitungen für das kontrollierte und selektive Hochfahren des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft getroffen werden (2020a). Die am 3. April veröffentlichte zweite Stellungnahme konzentrierte sich auf gesundheitsrelevante Maßnahmen, die zu einer schrittweisen Normalisierung des öffentlichen Lebens beitragen können. Dabei werden drei als besonders wichtig erachtet: die flächendeckende Nutzung von Mund-Nasen-Schutz, die kurzfristige Nutzung von Bewegungsdaten aus Smartphones für eine „Corona-Tracing-App“ und der Ausbau der Testkapazitäten (2020b).

Die mit *Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden* überschriebene dritte Stellungnahme (2020c) behandelte dann die psychologischen, sozialen, rechtlichen, pädagogischen und wirtschaftlichen Aspekte der Pandemie und beschrieb Strategien, die zu einer schrittweisen Rückkehr in die gesellschaftliche Normalität beitragen können. Die Wissenschaftler*innen votierten für ein schrittweises Wiederhochfahren des öffentlichen Lebens in Verbindung mit einem kontinuierlichen Monitoring der Infektionszahlen. Für den Schulbereich plädierten die Wissenschaftler*innen, die Öffnung der Grundschulen mit den Kindern in den Abschlussklassen der Primarstufe zu beginnen, damit sie auf den Übergang in die weiterführenden Schulen vorbereitet werden könnten. Danach sollten stufenweise die vorangehenden Jahrgangsstufen folgen. In Bildungsgängen, in denen am Ende der Sekundarstufe I zentrale Abschlussprüfungen stattfinden, sollte der Schulbetrieb zunächst in jenen Jahrgangsstufen aufgenommen werden, die vor dem Abschluss stehen. Für alle anderen Jahrgänge empfahlen die Wissenschaftler*innen ein gestuftes Vorgehen mit reduzierter Stundenzahl und mit Konzentration auf die Kernfächer

(Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen). Da die Möglichkeiten des Fernunterrichts mit zunehmendem Alter besser genutzt werden könnten, könne die Rückkehr zum gewohnten Präsenzunterricht in höheren Stufen des Bildungssystems weiter hinausgeschoben werden. In der gymnasialen Oberstufe könnten deshalb die Schüler*innen auf der Basis digitaler und analoger Lernmedien weitgehend selbstorganisiert lernen. Es ist unbestreitbar, dass die dritte Stellungnahme für die Entscheidungen zu den schrittweisen Wiedereröffnungen der Schulen prägend war.

Dem Thema *Medizinische Versorgung und patientennahe Forschung in einem adaptiven Gesundheitssystem* widmete sich schließlich die bislang letzte Stellungnahme der Leopoldina (2020d).

Selbstverständlich hat das Robert Koch-Institut (RKI) als Ressortforschungseinrichtung eine zentrale Rolle bei der wissenschaftlichen Politikberatung. Eine nicht zu unterschätzende Rolle als wissenschaftlicher Politikberater spielte bzw. spielt außerdem der international ausgewiesene Virologe, Lehrstuhlinhaber und Institutsdirektor an der Charité in Berlin, Christian Drosten. Daneben lassen sich die Landesregierungen meist selbst wissenschaftlich beraten und in ihrem Auftrag eigene Studien durchführen. Zu nennen ist hier insbesondere der Bonner Virologe Hendrik Streeck, der das Infektionsgeschehen in Heinsberg in einer Längsschnittstudie untersucht.

Wissenschaftler*innen bringen nicht nur als beauftragte Berater*innen von Regierungen, Ministerien oder Behörden ihre Expertise ein, sondern äußern sich auch in anderer Weise öffentlich. 42 (Bildungs-)Wissenschaftler*innen formulierten beispielsweise am 20. April einen offenen Brief an die KMK zur Lage von Kindern aus sozial benachteiligten Familien im Zeichen der Schulschließungen. Sie forderten von den für Bildung zuständigen Minister*innen und Senator*innen: „Finden Sie eine Lösung, mit der diese Kinder und Jugendlichen bei einer schrittweisen Öffnung der Schulen bevorzugt berücksichtigt werden.“ Hintergrund des Appells ist ihre begründete Sorge, dass die derzeitigen Maßnahmen die ungleichen Bildungschancen dieser Kinder noch verstärken (Appell, 2020). Eine andere Wissenschaftler*innengruppe sammelt(e) Unterschriften für eine Petition an den Deutschen Bundestag (Güterabwägung, 2020).

Am 15. April, kurz vor der Telefonschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder, meldeten sich führende Wissenschaftlerinnen, darunter die Soziologin Jutta Allmendinger und bekannte Bildungsforscherinnen wie Petra Stanat, Mareike Kunter oder Katharina Spieß, zu Wort und forderten, auch die Kitas zu öffnen (Kommentar, 2020).

Auch die Fachgesellschaften und -organisationen beteiligten sich an der Debatte: Die Sektion Sonderpädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft veröffentlichte am 10. April eine Stellungnahme zu den Schulschließungen (DGfE, 2020a), ebenso die Sektion Schulpädagogik (DGfE, 2020b); der Vorstand des Verbandes

Sonderpädagogik richtete am 24. April einen offenen Brief an die Bundeskanzlerin (Verband Sonderpädagogik, 2020); die Gesellschaft für Empirische Bildungsforschung und die Deutsche Gesellschaft für Psychologie gaben eine gemeinsame Stellungnahme zur Situation von Kindern und Jugendlichen während der Coronakrise ab (GEBF/DGPs, 2020).

Nicht nur Bildungswissenschaftler*innen nahmen Stellung zu den Schulschließungen, sondern auch (Bildungs-)Ökonom*innen. Mehr als 90 von ihnen forderten am 5. Mai unter dem Motto *Bildung ermöglichen!* „umfassende Maßnahmen, um frühkindliche und schulische Bildung in Deutschland sofort in angepasstem Format für alle Altersgruppen anzubieten“ (Danzer, Danzer, Felfe de Ormeno, Spieß, Wiederhold & Wößmann, 2020). Geschlossene Schulen und Kitas hätten gravierende Folgen: Es werde nicht nur weniger neues Wissen vermittelt. Der Verlust bereits erworbener Fähigkeiten falle auch umso größer aus, je länger ein normaler Schul- und Kitabetrieb nicht möglich sei. Dies habe langfristig deutliche negative Effekte auf die Gesamtwirtschaft, sagte Ludger Wößmann, Leiter des Zentrums für Bildungsökonomik am ifo Institut in der Pressekonferenz (ebd.). Wößmann veröffentlichte am 18. Mai zudem eine Studie zu den Folgekosten ausbleibenden Lernens im ifo-Schnelldienst vorab (Wößmann, 2020).

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzte am 6. Mai eine Expert*innenengruppe bestehend aus Fachleuten aus den Bildungswissenschaften, der Schulpsychologie, der Medizin und dem Schulrecht sowie Vertreter*innen von Lehrkräften, Eltern und Schüler*innen unter Vorsitz des Soziologen und Direktors des Leibniz-Instituts für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPF) Kai Maaz ein, die den Blick auf das nächste Schuljahr richten und konkrete Empfehlungen für verschiedene Handlungsfelder und Herausforderungen erarbeiten sollte. Schon am 28. Mai lag der Kommissionsbericht vor, in dem die Expert*innen drei, nicht zuletzt vom Stand des Infektionsgeschehens abhängige Szenarien für das kommende Schuljahr entwerfen: (1.) Präsenzunterricht als Regelfall, (2.) Mischung aus Präsenz- und Fernunterricht sowie (3.) Fernunterricht als Regelfall. Auf dieser Basis gibt die Kommission Hinweise, wie angesichts strenger Infektionsschutz- und Hygienemaßnahmen qualitativ hochwertige Lehr- und Lernprozesse gewährleistet werden können (Maaz et al., 2020).

Nach den Beschlüssen der Regierungschefinnen und -chefs von Bund und Ländern nahm die Diskussion über eine Öffnung der Kindertageseinrichtungen und Schulen deutlich an Fahrt auf. Am 8. Mai veröffentlichten Leiter*innen und Mitarbeiter*innen von Kinderkliniken im *Deutschen Ärzteblatt* einen Forschungsüberblick mit der Überschrift „Kinder haben das Recht auf Bildung“ (Schober, Rack-Hoch, Kern, von Both & Hübner, 2020). Sie waren zu dem Ergebnis gekommen, Kinder spielten als Überträger des Virus eine geringere Rolle als bislang vermutet. Daher forderten sie, die Schließungen von Kindertagesstätten und Schulen zu überdenken.

Am 18. Mai meldeten sich die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene, die Deutsche Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie, die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin und der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte in Deutschland in einer gemeinsamen Stellungnahme zu Wort und forderten ebenfalls, dass Schulen und Kitas wieder geöffnet werden sollten. Der Schutz von Lehrkräften, Erzieher*innen, Betreuer*innen und Eltern und die allgemeinen Hygieneregeln stünden dem nicht entgegen (Walger et al., 2020). Die an der Stellungnahme beteiligte Wissenschaftler*innen fassten eine Vielzahl von Studien zusammen, die zu dem Ergebnis gekommen waren, Kinder erkrankten seltener an COVID-19 und wenn, dann weniger schwer; die von ihnen ausgehende Infektionsgefahr sei zudem deutlich geringer als bisher angenommen.

Die Frage der von Kindern ausgehenden Infektionsgefahr spielte in den letzten Wochen eine zunehmend größere Rolle in der wissenschaftlichen Debatte. Baden-Württemberg beauftragte ein Konsortium von vier Universitäten, dieser Frage nachzugehen; das Universitätsklinikum Hamburg (UKE) führt eine Untersuchung an 6.000 Kindern in Hamburg durch; NRW kündigte eine eigene Studie an. Auch in der Heinsberg-Studie von Streeck finden sich Aussagen zur von Kindern ausgehenden Infektionsgefahr. Der Leiter der Studie ist der Auffassung, dass sie geringer sei als bisher angenommen – eine Aussage, der der Berliner Virologe Drosten mit Bezug auf eigene Untersuchungen widerspricht.

Erstaunlich (und schwer nachvollziehbar) ist, dass diese für die Öffnung von Kindergärten und Schulen sehr zentrale Frage erst vergleichsweise spät in der wissenschaftlichen und politischen Debatte aufgekomen ist. Ebenso wenig nachvollziehbar ist, dass elabourierte Studien zur Beantwortung der Frage, wie groß die Infektionsgefahr von und durch Kinder(n) und Jugendliche(n) tatsächlich ist, vergleichsweise spät in Auftrag gegeben bzw. begonnen worden sind.

Zu den Aufgaben bzw. Pflichten von Politiker*innen gehört es, bei ihren Entscheidungen Güterabwägungen vorzunehmen. „So viel Wissen über unser Nichtwissen und über den Zwang, unter Unsicherheit handeln und leben zu müssen, gab es noch nie“, so Jürgen Habermas in einem Interview (2020).

4 Zum Verhältnis von Wissenschaft und Medien

Zu den bedauerlichen Begleiterscheinungen der aktuellen Pandemie gehört der Versuch von Boulevardmedien, Aussagen und Studien des Virologen Christian Drosten durch journalistisch unlautere Methoden in Zweifel zu ziehen. Am 26. Mai veröffentlichte die Zeitung *Bild* einen Bericht über eine Studie von Drosten und seinem Team (Jones et al., 2020a) unter der fast eine halbe Zeitungsseite umfassen-

den Überschrift: „Schulen und Kitas wegen falscher Corona-Studie dicht – Kollegen von Starvirologe Prof. Drosten räumen Fehler ein“. Die an der Studie beteiligten Wissenschaftler*innen hatten eine Vorveröffentlichung auf einen Preprint-Server zur Diskussion gestellt, ein in mehreren wissenschaftlichen Disziplinen übliches Vorgehen. Diese Vorveröffentlichung wurde von einigen Wissenschaftler*innen kritisch kommentiert – auch dies ist gängige Praxis und dient der Sicherung wissenschaftlicher Qualität. Anmerkungen von vier Wissenschaftlern wurden von der *Bild* in dem Artikel vom 26. Mai aus dem Zusammenhang gerissen zitiert. Eine Vorfassung des Artikels wurde Drosten mit der Bitte/Forderung um Stellungnahme innerhalb einer Stunde zugeschickt. Er kommentierte dies auf Twitter mit den Worten: „Ich habe besseres zu tun“. Die in dem Artikel zitierten Wissenschaftler distanzieren sich unmittelbar nach dem Erscheinen des Artikels davon und kritisieren das Vorgehen der Zeitung ebenso wie viele andere Medien und Journalisten.

Am 3. Juni meldete *Tagesspiegel-Online*, dass Drosten et al. ihre Studie überarbeitet und andere statistische Verfahren zur Datenauswertung eingesetzt hätten (Jones et al., 2020b). Die neuen statistische Analysen lieferten erneut Hinweise auf eine erhebliche Virenlast bei Kindern. „Insbesondere ergibt die vorliegende Studie keine Belege für die Annahme, dass Kinder möglicherweise nicht so ansteckend sind wie Erwachsene“, so Drosten laut *Tagesspiegel-Online*.

Während in der Vergangenheit, also vor etwa 15 bis 20 Jahren, der wissenschaftliche Diskurs weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf Fachkongressen stattfand und eine Qualitätssicherung durch Peer Reviews erfolgte und in vielen Zeitschriften auch noch erfolgt, so auch in der Zeitschrift *DDS – Die Deutsche Schule*, hat das Prinzip einer offenen Wissenschaft längst viele Disziplinen erfasst. Vorveröffentlichungen auf Preprint-Servern tragen zur schnellen Verbreitung von neuen Forschungsbefunden und zu deren Diskussion bei, und dies ist besonders wichtig in einer Situation, in der noch relativ wenig Wissen über ein neues Virus und dessen Gefährlichkeit existiert. Eine Veröffentlichung in einer begutachteten Zeitschrift dauert mitunter mehrere Monate; Vorveröffentlichungen auf Preprint-Servern stehen der wissenschaftlichen Community und einer interessierten Öffentlichkeit jedoch sofort zur Verfügung. Angesichts des jeglichen journalistischen Prinzipien widersprechenden Vorgehens der *Bild* stellt sich die grundsätzliche Frage, wie eine Offenheit der Wissenschaft und die qualitätssichernden Maßnahmen beibehalten werden können, wenn Journalisten kollegiale, mitunter auch kritische und wenig diplomatisch formulierte Hinweise nutzen, um Schlagzeilen oder Klicks zu generieren.

Insgesamt lässt sich jedoch festhalten, dass wissenschaftliche Ergebnisse in der überwiegenden Zahl der Fälle korrekt und soweit als möglich für eine interessierte Öffentlichkeit verständlich berichtet werden.

5 Forschungsaktivitäten

Im Zuge der Corona-Pandemie ist eine Vielzahl von Forschungsprojekten in Angriff genommen worden. Eine (nicht notwendigerweise vollständige) Übersicht führt der Bundesverband Hochschulkommunikation (2020). Mit Stand vom 3. Juni sind in der Tabelle 500 Projekte verzeichnet, darunter 25 mit einem erziehungswissenschaftlichen bzw. pädagogischen Bezug. Einige der seit März 2020 durchgeführten und in der Übersicht enthaltenen, aber auch einige andere Studien sollen hier kurz erwähnt werden:

- Huber et al. veröffentlichten im April erste Befunde ihres Schul-Barometers in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Huber et al., 2020; siehe auch ihren Beitrag in diesem Beiheft).
- Am 24. April veröffentlichte die Vodafone Stiftung die Ergebnisse einer ersten von ihr bei Infratest dimap in Auftrag gegebenen Studie mit dem Titel *Unter Druck. Die Situation von Eltern und ihren schulpflichtigen Kindern während der Schulschließungen* (Vodafone Stiftung, 2020a) und am 6. Mai die Ergebnisse der zweiten, diesmal beim Institut für Demoskopie Allensbach in Auftrag gegebenen repräsentativen Befragung mit dem Titel *Schule auf Distanz. Perspektiven und Empfehlungen für den neuen Schulalltag*. Die Auswertung der Daten der zweiten Studie haben Birgit Eickelmann und Kerstin Drossel übernommen (Vodafone Stiftung, 2020b).
- Unter der Überschrift *Corona – Familien am Limit* veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung am 4. Mai die Ergebnisse einer Auswertung von Familienblogs (Knauf, 2020).
- Auch die Deutsche Telekom Stiftung hatte eine Studie in Auftrag gegeben: Am 7. Mai wurde eine Bestandsaufnahme aus der Perspektive von Schüler*innen und Eltern mit dem Titel „*Schule zu Hause*“ in Deutschland veröffentlicht (Heller & Zügel, 2020).
- Weitere Ergebnisse von Studien wurden beispielsweise vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Anger et al., 2020), vom Inclusion Technology Lab Berlin und dem Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT (Kugelmeier & Schmolze-Krahn, 2020) und von der Fernuniversität Hagen (Schütz, 2020) veröffentlicht.

Vielen der im Frühjahr 2020 durchgeführten Studien ist gemein, dass sie auf Online-Befragungen basieren. Diese Form der Datenerhebung hat den unbestrittenen Vorteil, dass Forscher*innen mit ihr sehr schnell „ins Feld“ konnten, und es ist leicht nachzuvollziehen, dass – in Unkenntnis der Dauer der Pandemie – dieser Weg als der einzige gangbare erschien, um die Situation und die Wahrnehmungen der Befragten nicht erst retrospektiv, sondern *während* der pandemiebedingten Einschränkungen des Schulbetriebs zu erfassen. Der Preis dieser Erhebungsmethode liegt jedoch

in Einschränkungen hinsichtlich der Repräsentativität. Denn es kann bei Online-Befragungen nicht systematisch gesteuert werden, wer an ihnen teilnimmt, so dass bestimmte soziale Gruppen in den Untersuchungen fast notwendig schwächer oder stärker vertreten sind als in der Grundgesamtheit der Bevölkerung. Da sozioökonomisch besser gestellte und bildungsaffine Personen eine größere Neigung haben, an derartigen Befragungen zu partizipieren, sind sie in den resultierenden Stichproben in der Regel deutlich überrepräsentiert. Da sozioökonomische Merkmale vielfach nicht erhoben wurden, kann der Grad der sozialen Verzerrung der Stichproben, die den empirischen Auswertungen zugrunde liegen, in der Regel kaum bemessen werden. Daher sollte auch bei der Lektüre der empirischen Beiträge dieses Beiheftes stets im Hinterkopf behalten werden: In einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe könnten einzelne Ergebnisse durchaus anders aussehen.

6 Gewalt gegen Kinder und Frauen, Leben in der Familie

Ein zunächst vergleichsweise wenig beachtetes Thema ist die Zunahme von häuslicher Gewalt gegenüber Kindern und Frauen während der Corona-Krise. In diesem Kontext ist daran zu erinnern, dass auch Mitarbeiter*innen der Jugendämter im Zuge des „Lockdown“ zeitweise ihrer Arbeit nicht mehr in gewohnter Weise nachgehen konnten und somit der Kontakt zu gefährdeten Kindern- und Jugendlichen während der Pandemie nicht durchgehend gehalten werden konnte. Ferner waren neben der Schule natürlich auch alle anderen Orte und Einrichtungen, an denen Kinder aus belasteten Familien gewöhnlich Vertrauenspersonen und Möglichkeiten des Rückzugs finden, nicht mehr zugänglich. Vor diesem Hintergrund erfolgte aus der Wissenschaft ein Appell für mehr Kinderschutz in der Corona-Krise (Zittlmann, Berneiser & Beckmann, 2020). In einer Dokumentation hat das Deutsche Jugendinstitut Positionspapiere und Plattformen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie zusammengestellt (DJI, 2020).

- Erste Ergebnisse ihrer hinsichtlich der Kriterien Alter, Bildungsstand, Einkommen, Haushaltsgröße und Wohnort für Deutschland repräsentativen Online-Befragung von rund 3.800 Frauen zwischen 18 und 65 Jahren berichteten Janina Steinert von der Technischen Universität München und Cara Ebert vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung am 2. Juni (Steinert & Ebert, 2020).
- Forscher*innen der Hochschule Luzern untersuchten Leben und Kinderleben zu Coronazeiten. Für sie ist Schule nicht nur ein Ort der Bildung und Sozialisation, sondern auch ein Schutzraum und ein Ort, der eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen in den Familien und deren Umfeld spielt. Die Online-Befragungen laufen noch. Die ersten Ergebnisse werden gerade ausgewertet (Krüger & Schmitz, 2020).

- Die Erfahrungen von Kindern und Eltern während der Corona-Pandemie und die Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen werden u.a. von einem Projektverbund bestehend aus Wissenschaftler*innen der Stiftungsuniversität Hildesheim und der Goethe-Universität Frankfurt untersucht. Erste Ergebnisse der bundesweiten KiCo- und der JuCo-Studie liegen vor (Andresen et al., 2020a, 2020b).
- Schließlich sei bei diesem kleinen, eher beispielhaften Forschungsüberblick noch die Studie des Deutschen Jugendinstitutes zum veränderten Alltag und zum Wohlbefinden von Kindern erwähnt. Auch hier liegen erste Ergebnisse vor (Langmeyer, Guglhör-Rudan, Naab, Urlen & Winklhofer, 2020).

7 Zu den Zielen des Beiheftes

Zum Zeitpunkt unserer ersten Überlegungen für dieses (Sonder-)Beiheft (Anfang Mai) konnte niemand verlässlich sagen, wann alle Schüler*innen wieder regelmäßig schulischen Unterricht erhalten. Die aktuellen Planungen der für die Schulen zuständigen Minister*innen und Senator*innen reichten bis zu den Sommerferien. Erste Stimmen waren zu hören, dass auch für das im Sommer beginnende neue Schuljahr weitere Einschränkungen des Unterrichtsbetriebs wahrscheinlich seien.

Die Diskussionen drehten sich gezwungenermaßen sehr stark um eher organisatorische und technische Fragen, wie z.B.: Wann werden die Schüler*innen wieder regelmäßig (in der Schule) unterrichtet? Wie kann eine ganztägige Betreuung organisiert werden und für wen? Wie können Hygienepläne aussehen? Wie kann der notwendige Abstand z.B. in den Pausen oder beim Schülertransport eingehalten werden? Sind Masken erforderlich? usw.

Mit dem Fortdauern der gegebenen Situation stellten sich jedoch für uns und unsere Kolleg*innen in der Redaktion zunehmend auch Fragen, die den eigentlichen Kern der Schule als Bildungsinstitution betreffen und die unseres Erachtens dringend einer sachkundigen Erörterung bedürfen. Unsere Sorge galt und gilt dabei insbesondere den bildungsbenachteiligten Schüler*innen und denen mit besonderen Förderbedarfen, denn vieles spricht dafür, dass sich die Schere zwischen Kindern aus sozial privilegierten und benachteiligten Familien in Folge der Pandemie noch weiter geöffnet hat. Unser Ziel ist es, eine breitere bildungswissenschaftliche Diskussion über Ansätze und Maßnahmen anzustoßen, die dazu beitragen können, dass sich die Bildungsungleichheit während und nach der Corona-Pandemie nicht noch weiter verstärkt, sondern möglichst abgebaut wird.

Für die anstehenden und notwendigen (bildungspolitischen) Diskussionen und Entscheidungen ist es unseres Erachtens notwendig, mehr wissenschaftlich fundier-

te Informationen zur Verfügung zu stellen. Das vorliegende Beiheft soll dazu einen Beitrag leisten. Die von uns angesprochenen Autor*innen haben wir gebeten, in ihren Beiträgen einen besonderen Fokus auf das Thema Bildungsungleichheit zu richten und Vorschläge zu unterbreiten, wie Schule und Unterricht in den nächsten Monaten unter den bis ggf. Ende des Jahres bestehenden – oder im Falle einer zweiten Infektionswelle womöglich auch wiederkehrenden – Einschränkungen des Schulbetriebs und darüber hinaus rechtlich, technisch, inhaltlich und didaktisch gestaltet werden könnten bzw. können.

8 Homeschooling, Distance Learning oder Fernunterricht?

In der politischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion über die während der Zeit der Schulschließungen praktizierten Formen des Unterrichtens und Lernens werden unterschiedliche Begriffe verwendet: Homeschooling, Fernunterricht, Distanzlernen usw. Unseres Erachtens handelt es sich bei den derzeit praktizierten Formen nicht um Homeschooling, das in Deutschland bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht gestattet ist. Bei dem in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern erlaubten Homeschooling übernehmen die Eltern die Rolle der Lehrkräfte; sie bestimmen auch die Lerninhalte und die Lernformen (siehe hierzu ergänzend auch die entsprechenden Ausführungen in den Beiträgen von Porsch & Porsch, Wrase und Klieme in diesem Band).

Fernunterricht ist genauso wie Homeschooling ein gesetzlich geregeltes Angebot (siehe hierzu beispielsweise das Fernunterrichtsschutzgesetz³). Der jetzt angebotene „Unterricht“ zu Hause statt in der Schule unterscheidet sich von allen anderen bekannten Formen des „Distanzlernens“: Normaler Fernunterricht ist eine Lehr-Lernform meist auf vertraglicher Basis mit eigenen, speziell erstellten Materialien, geschulten Lehrenden usw. Für Fernunterricht entscheiden sich diejenigen, die diese Form mit ihren sonstigen Verpflichtungen und ihrer Lebensweise am besten verbinden können. Es handelt sich also um eine gewählte Alternative zum Präsenzunterricht bzw. -studium. Dies trifft alles nicht auf den Schulunterricht in Corona-Zeiten zu. Vergleichbar mit dem Schulunterricht in Corona-Zeiten ist lediglich, dass man physisch nicht am Lernort (Schule) erscheinen muss und dies für derzeit noch unbestimmte, aber dennoch begrenzte Zeit. Insofern ist der Unterricht zu Corona-Zeiten auch nicht vergleichbar mit dem Fernunterricht für Kinder beruflich Reisender, für Inselkinder oder mit dem Fernunterricht (z. B. in Frankreich), der dazu dient, Versäumtes nachzuholen, um die zu Schuljahresende verpatzten Prüfungen am Ferienende nachzuholen. Um Fernunterricht zu Corona-Zeiten vom „normalen“ Fernunterricht abzugrenzen, haben wir uns entschlossen, möglichst in allen Beiträgen einheitlich den Begriff „Fernunterricht“ zu verwenden und diesen in Anführungszeichen zu setzen.

3 Vgl. <https://www.gesetze-im-internet.de/fernusg/>; Zugriff am 02.06.2020.

9 Zu den einzelnen Beiträgen

Stephan Gerhard Huber & Christoph Helm berichten in ihrem Beitrag „Lernen in Zeiten der Corona-Pandemie“ Ergebnisse ihrer Analysen zur Rolle familiärer Merkmale für das Lernen von Schüler*innen. Grundlage für die Analysen sind Daten des aktuellen Schul-Barometers in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Insgesamt kommen sie zu dem Ergebnis, dass Schüler*innengruppen mit niedrigen häuslichen Ressourcen in Zeiten der Schulschließung nicht primär aufgrund fehlender technischer Ausstattung oder fehlender elterlicher Unterstützung zurückbleiben, sondern insbesondere aufgrund fehlender Fähigkeiten zum selbstgesteuerten Lernen und zur Selbstorganisation des Tagesablaufs. Der Mangel dieser Fähigkeiten ist ihres Erachtens auf das Fehlen von Entwicklungsmöglichkeiten zurückzuführen, die diese Schüler*innen (in sozioökonomisch schlechter gestellten bzw. benachteiligten Familien) oft nicht ausreichend vorfinden. Für eine kleinere Gruppe an Schüler*innen würde eine adäquate technische Ausstattung vermutlich einen Teil der erlebten Herausforderungen mindern. Neben der Frage nach technischer Ausstattung (z. B. den Schüler*innen vom Staat zur Verfügung gestellte technische Endgeräte wie Tablets oder Laptops) seien jedoch vor allem eine stärkere Betreuung sozial benachteiligter Familien und eine personenbezogene Lernbegleitung der Schüler*innen erforderlich.

Befunde einer bundesweiten Befragung von Eltern mit Kindern in der Grundschule berichten *Raphaella Porsch & Torsten Porsch* in ihrem Beitrag „Fernunterricht als Ausnahmesituation“. Auf Grundlage einer Online-Befragung mit 3.995 Müttern und Vätern von Grundschulkindern beantworten sie die Frage, wie der „Fernunterricht“ von den Lehrkräften initiiert und von den Eltern ausgestaltet wird. Darüber hinaus stellen sie dar, inwieweit die Herausforderungen des „Fernunterrichts“ zu individuellem Beanspruchungserleben, Angstempfinden und Erleben von Enthusiasmus der Eltern führen und inwieweit die Schulunterstützung, die Arbeitssituation der Eltern sowie individuelle Merkmale bestehende Unterschiede erklären.

Mit „Sind doch Corona-Ferien, oder nicht?“ ist der Beitrag von *Albrecht Wacker, Valentin Unger & Thomas Rey* überschrieben. Sie berichten von Befunden einer qualitativen Schüler*innenbefragung in Baden-Württemberg zur ersten Phase des „Fernunterrichts“. Die Lernenden wurden mittels standardisierter Fragen online zu ihrer Arbeitszeit, zu den Kommunikationsverfahren zwischen Schule und Elternhaus, zum Feedback durch die Lehrkräfte, zu den Vor- und Nachteilen sowie weiteren Anregungen befragt. Ihre Ergebnisse verweisen auf spezifische Vor- und Nachteile des „Fernunterrichts“ und zeigen eine große Varianz der (digitalen) Kommunikations- und Rückmeldewege. Zudem beschreiben die Antworten der befragten Schüler*innen deren Wunsch nach mehr kommunikativen Situationen in den digitalen Verfahren.

Ilka Hoffmann wirft in ihrem Beitrag „Die Corona-Pandemie als Katalysator für Schulreformen?“ einen persönlichen Blick auf die pädagogische Corona-Praxis. In den letzten Wochen erhielt sie immer wieder Mails von Lehrkräften und Eltern, die ihr von Erfahrungen mit dem Lernen und Unterrichten in Zeiten der Pandemie berichteten. Auf der Basis dieser Zuschriften gibt sie einen groben Überblick über Probleme und Chancen, die sich ihres Erachtens aus der aktuellen Situation ergeben: Die Corona-Pandemie hat auf der einen Seite schonungslos auf unerledigte pädagogische Hausaufgaben hingewiesen. Dies betrifft nicht nur die Digitalisierung, sondern insbesondere auch die Heranführung der Kinder und Jugendlichen an Formen selbständigen Lernens. Auf der anderen Seite hat die aktuelle Pandemie aber auch zahlreiche phantasievolle Lösungsansätze hervorgebracht, auf die die Autorin kurz eingeht. Ergänzend bezieht sie Befunde einer aktuellen GEW-Studie zur Umsetzung des Digitalpakts an den Schulen ein.

Der Beitrag von *Michael Wrase* behandelt „Schulrechtliche Herausforderungen in Zeiten der Corona-Pandemie“. Er diskutiert die Rechtmäßigkeitsanforderungen an pandemiebedingte Schulschließungen vor dem Hintergrund des Rechts auf Bildung, das gerade für Schüler*innen aus benachteiligten Familien und solche mit speziellen Förderbedarfen faktisch ausgesetzt wird. Ferner thematisiert er die Bedingungen, unter denen Einschränkungen der Schulpflicht und der Präsenzverpflichtung von Lehrkräften zulässig sind, und blickt auf die Problematik der Leistungsbewertung im „Fernunterricht“. Mit Blick auf die technischen Voraussetzungen des „Fernunterrichts“ wird schließlich diskutiert, inwieweit sich aus dem Prinzip der Lernmittelfreiheit bzw. der Kostenfreistellung von Schüler*innen aus einkommensschwachen Familien eine Verpflichtung des Staates herleitet, zumindest bedürftigen Schüler*innen einen Internetzugang und digitale Endgeräte zur Verfügung zu stellen.

Guter Unterricht umfasst anspruchsvolle Inhalte und Methoden sowie gute Klassenführung, konstruktive Unterstützung und kognitive Aktivierung. *Eckhard Klieme* diskutiert in seinem Beitrag „Guter Unterricht – auch und besonders unter Einschränkungen der Pandemie?“, wie diese Kriterien mit Präsenz- und „Fernunterricht“ realisiert werden können. Guter Unterricht in diesem Sinne kann auch zum Abbau von Ungleichheit beitragen. Um eine „Förderfalle“ zu vermeiden, d.h. die Wahrnehmung von Förderung als „Bestrafung“, sollte der Diskurs über Folgen der Pandemie seines Erachtens ganzheitlich und schulartübergreifend geführt werden.

Selbstreguliertes Lernen als Form der individuellen Förderung wird im Beitrag „Individuelle Förderung und selbstreguliertes Lernen – Bedingungen und Optionen für das Lehren und Lernen in Präsenz und auf Distanz“ von *Christian Fischer, Christiane Fischer-Ontrup & Corinna Schuster* diskutiert. Die Autor*innen thematisieren vor allem auf das selbstregulierte Lernen bezogene Lernstrategien und deren Relevanz für den Lernprozess. Zudem stellen sie Wege der schulischen Förderung von

Schüler*innen dar und leiten daran anschließend konkrete Handlungsoptionen für die schulische Praxis im Kontext des Präsenz- und „Fernunterrichts“ ab.

Die Herausforderung, schulisches Lernen in Zeiten der Corona-Pandemie zu re-organisieren, hat einen neuen Blick auf die Potenziale und Notwendigkeiten des Lernens mit digitalen Medien eröffnet. Die Diskussion erstreckt sich von Euphorie und beobachtbaren Innovationsschüben bis hin zu Ernüchterung über tatsächliche Praktiken, fehlende Rahmenbedingungen und Fragen der Bildungsgerechtigkeit. Vor diesem Hintergrund differenzieren *Birgit Eickelmann & Julia Gerick* in ihrem Beitrag „Lernen mit digitalen Medien“ die Zielsetzungen schulischen Lernens mit digitalen Medien in vier Dimensionen aus.

Olaf Köller, Johanna Fleckenstein, Karin Guill & Jennifer Meyer diskutieren in ihrem Beitrag „Pädagogische und didaktische Anforderungen an die häusliche Aufgabebearbeitung“, welche Faktoren auf Seiten der Eltern, der Lehrkräfte und der digitalen Infrastruktur dazu beitragen, häusliches Lernen im Sinne eines erfolgreichen Wissens- und Kompetenzaufbaus zu gestalten. Dazu arbeiten sie die einschlägige Literatur zu Effekten von Hausaufgaben auf und zeigen, wie wichtig die Ansprechbarkeit der Eltern und ihre Strukturierungshilfen sind. Sie verweisen auf die Bedeutung einer regelmäßigen Erteilung von nicht zu umfangreichen Arbeitsaufträgen durch die Lehrkräfte und deuten die großen Potenziale an, die mit digitalen Lernhilfen verbunden sind. Ihren Beitrag schließen sie mit ganz konkreten Hinweisen für die Praxis ab.

Ingrid Gogolin ruft in Ihrem Beitrag „Sprachliche Förderung, sprachliche Bildung und Lernen im Deutschen als Zweitsprache während und nach der Pandemie“ zunächst einige Besonderheiten der Sprachentwicklung in zwei oder mehr Sprachen in Erinnerung, da sich aus ihnen Hinweise auf Bereiche ergeben, auf die beim Lehren und Lernen im Krisenbewältigungsmodus besonders achtzugeben ist. Anschließend stellt sie Erfahrungen aus der schulischen Praxis vor, die sich auch beim „Fernunterricht“ als hilfreich für Lernende erweisen sollten, für die Deutsch nicht die einzige Lebenssprache ist. In ihrem Beitrag konzentriert sie sich auf Schüler*innen, die in Deutschland aufgewachsen sind und leben – also auf den weit überwiegenden Teil der Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien –, und legt den Fokus auf die Förderung des Deutschen als Schul- und Unterrichtssprache.

Janka Goldan, Sabine Geist & Birgit Lütje-Klose schreiben über „Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf während der Corona-Pandemie“, wobei sie sich auf die Förderschwerpunkte „Lernen“, „Emotional-soziale Entwicklung“ und „Sprache“ konzentrieren. Die bundesweiten Schulschließungen infolge der Corona-Pandemie stellen insbesondere für diese Gruppe von Schüler*innen eine große Herausforderung dar, denn es handelt sich überproportional häufig um Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Lebensverhältnissen, deren gleichberechtigte Teilhabe an Bildung im „Fernunterricht“ nicht gegeben ist. Dies ist vor allem auf

die häuslichen Gegebenheiten zurückzuführen. Hierzu gehören begrenzter Zugang zu digitalen Medien, beengte Wohnverhältnisse und geringe Möglichkeiten elterlicher Unterstützung. Die Autor*innen zeigen am Beispiel der Laborschule Bielefeld als einer inklusiven Schule auf, wie man den Herausforderungen trotz widriger Umstände begegnen kann. Sie heben hervor, dass die beschriebenen Maßnahmen den Präsenzunterricht nicht ersetzen können und dass politische Entscheidungen nötig sind, um die geringeren Bildungschancen der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht noch weiter zu gefährden.

Der Beitrag „Dimensionen der (Re-)Produktion von Bildungsbenachteiligung in sozialräumlich deprivierten Schulen“ von *Nina Bremm & Kathrin Racherbäumer* richtet den Blick auf Schulen in sozial benachteiligter Lage und entfaltet auf theoretischer und empirischer Grundlage unterschiedliche Strategien, die dazu beitragen können, Bildungsgerechtigkeit systemisch zu fördern. Diese beziehen sich auf Ansätze einer gezielten Ressourcenallokation ebenso wie auf die Überwindung von „Defizitorientierungen“ zugunsten von ungleichheitssensiblen Haltungen und Unterrichtspraxen seitens der Schulen und Lehrkräfte. Die Autorinnen diskutieren die Befunde abschließend mit Blick auf die derzeitige Situation der Corona-Pandemie.

Wie die Pandemie die „Grammatik der Schule“ herausfordert und welche Chancen sich jetzt für eine „Schule ohne Wände“ in der digitalen Wissensgesellschaft bieten, analysieren *Anne Sliwka & Britta Klopsch* in ihrem das Beiheft abschließenden Beitrag, den sie mit „Disruptive Innovation!“ überschrieben haben. Ihres Erachtens entspricht die „Grammatik der Schule“ in mehrfacher Hinsicht noch immer dem Fabrikmodell von Bildung, wie es im 19. Jahrhundert entstanden ist. Diese Art, Schulen zu organisieren, stößt jedoch an Grenzen, die in Zeiten der Pandemie besonders deutlich werden. Für eine Verbesserung des Lernens sind Ansätze aus der Schul- und Unterrichtsentwicklung, denen durch einschlägige empirische Forschung schon lange eine besondere Lernwirksamkeit zugeschrieben wird, genau die Innovationen, die auch dabei helfen, die Schule aktuell für die Herausforderungen durch die Pandemie und darüber hinaus neu aufzustellen. Hierzu gehören beispielsweise eine enge Kooperation von Lehrkräften in professionellen Lerngemeinschaften, die Stärkung des formativen Feedbacks gegenüber der summativen Leistungsbewertung/Notengebung, eine partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Lehrkräften und Eltern sowie die aufeinander abgestimmte Einpassung digitaler Medien in das schulische Lernen. Wenn die Pandemie mit ihrer Logik der Disruption als Chance begriffen wird, könnten die Veränderungen die Schule der Industriegesellschaft durch „disruptive Innovation“ in die „Schule ohne Wände“ der digitalen Wissensgesellschaft führen, so ihre These.

10 Danksagungen

Unser herzlicher Dank gilt den beteiligten Autor*innen, die in weniger als drei Wochen ihre Manuskripte erstellt haben, innerhalb kürzester Zeit auf unsere Hinweise und Anmerkungen in den Rückmeldungen eingegangen sind und uns überarbeitete Fassungen zur Verfügung gestellt haben. Die vorliegenden Beiträge konnten aus Zeitgründen nicht – wie sonst üblich – einem Peer Review unterzogen werden, mit einer Ausnahme: Der ursprünglich für ein reguläres Heft eingereichte Beitrag von Raphaela Porsch & Torsten Porsch lag so früh vor, dass hier ein Peer Review möglich war. Wir möchten den anonymen Gutachter*innen an dieser Stelle für die außerordentlich schnelle Erstellung ihrer Gutachten und ihre hilfreichen Hinweise danken.

Unser Dank gilt auch den Kolleg*innen aus der Redaktion der *DDS*, die – soweit ihre Zeit es innerhalb der sehr kurzen Fristen zuließ – die eingereichten Manuskripte kritisch-konstruktiv gelesen haben. Ihre anschließenden Kommentare waren sehr hilfreich für unsere Rückmeldungen an die Autor*innen.

Der Waxmann Verlag hat von unseren ersten Ideen für das (Sonder-)Beiheft an das gesamte Vorhaben engagiert unterstützt. Ohne dieses Engagement und die außerordentliche Flexibilität in den Abläufen wäre es sicherlich nicht möglich gewesen, das Beiheft in so kurzer Zeit erscheinen zu lassen.

Der Max-Traeger-Stiftung danken wir für die finanzielle Förderung, die es ermöglicht, dass das Beiheft kostenlos als E-Book (open access) erscheinen kann und damit einer breiteren Öffentlichkeit leicht zugänglich ist. Ferner gilt unser Dank dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), das sich an der Finanzierung ebenfalls beteiligt hat.

Ohne das außerordentliche Engagement und den unermüdlichen Einsatz von Sylvia Schütze, die uns in den vergangenen Wochen, auch an Feiertagen und Wochenenden, unterstützt hat, hätten wir unser Vorhaben in so kurzer Zeit keinesfalls umsetzen können. Daher geht an sie unser besonderer Dank.

Detlef Fickermann & Benjamin Edelstein

<https://doi.org/10.31244/9783830992318.01>

Literatur und Internetquellen

Andresen, S., Lips, A., Möller, R., Rusack, T., Schröder, W., Thomas, S., & Wilmes, J. (2020a). *Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie KiCo*. <https://doi.org/10.18442/121>

- Andresen, S., Lips, A., Möller, R., Rusack, T., Schröer, W., Thomas, S., & Wilmes, J. (2020b). *Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo*. <https://doi.org/10.18442/120>
- Anger, S., Bernhard, S., Dietrich, H., Lerche, A., Patzina, A., Sandner, M., & Toussaint, C. (2020). *Schulschließungen wegen Corona: Regelmäßiger Kontakt zur Schule kann die schulischen Aktivitäten der Jugendlichen erhöhen*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.iab-forum.de/schulschliessungen-wegen-corona-regelmassiger-kontakt-zur-schule-kann-die-schulischen-aktivitaeten-der-jugendlichen-erhoehen/?pdf=15657>.
- Appell von Bildungsexpertinnen und -experten an die KMK im Zuge der Corona-Krise (2020). Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://deutsches-schulportal.de/content/uploads/2020/04/Offener-Brief-an-die-KMK.pdf>.
- BSB (Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburg) (2020). *Newsletter des Amtes für Bildung* vom 29.05.2020. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.bsb-hamburg.de/index.php?id=384#c6587>.
- Bundesregierung (2020a). *Mitschrift der Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel, Bundesgesundheitsminister Spahn und RKI-Chef Wieler am 11.03.2020*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundestkanzlerin-merkel-bundesgesundheitsminister-spahn-und-rki-chef-wieler-1729940>.
- Bundesregierung (2020b). *Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Bundesländer angesichts der Corona-Epidemie in Deutschland vom 16.03.2020*. Pressemitteilung 96. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/vereinbarung-zwischen-der-bundesregierung-und-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-bundeslaender-angesichts-der-corona-epidemie-in-deutschland-1730934>.
- Bundesregierung (2020c). *Besprechung von Bundeskanzlerin Merkel mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 22.03.2020*. Pressemitteilung 104. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/besprechung-von-bundestkanzlerin-merkel-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-zum-coronavirus-1733266>.
- Bundesregierung (2020d). *Telefonschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 01. April 2020*. Pressemitteilung 117. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/telefonschaltkonferenz-der-bundestkanzlerin-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-am-1-april-2020-1738534>.
- Bundesregierung (2020e). *Telefonschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 15. April 2020: Beschränkungen des öffentlichen Lebens zur Eindämmung der COVID19-Epidemie*. Pressemitteilung 124. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/telefonschaltkonferenz-der-bundestkanzlerin-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-am-15-april-2020-1744228>.
- Bundesregierung (2020f). *Telefonschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 30. April 2020: Beschränkungen des öffentlichen Lebens zur Eindämmung der COVID19-Epidemie*. Pressemitteilung 144. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/telefonschaltkonferenz-der-bundestkanzlerin-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-am-30-april-2020-1749798>.
- Bundesregierung (2020g). *Telefonschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 06. Mai 2020: Maßnahmen zur Eindämmung der COVID19-Epidemie*. Pressemitteilung 151. Zugriff am 02.06.2020.

- Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/telefonschalt-konferenz-der-bundeskanzlerin-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-am-06-mai-2020-1750988>.
- Bundesverband Hochschulkommunikation (2020). *Projekte zur Bekämpfung von Corona und der Auswirkungen*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1FdrSL-geV0gbQfSgunQDk7TSVf0EgoG4kXEn7FYwNZs/edit#gid=621639790>.
- Danzer, A. M., Danzer, N., Felfe de Ormeno, C., Spieß, K., Wiederhold, S., & Wößmann, L. (2020). *Bildung ermöglichen! Unterricht und frühkindliches Lernen trotz teilgeschlossener Schulen und Kitas – bildungsökonomischer Aufruf*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: http://www.ifo.de/DocDL/2020_05_04_W%C3%B6%C3%9Fmann_et_al.pdf.
- DGfE (Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft) (2020a). *Teilhabe auf Distanz? Stellungnahme der Sektion Sonderpädagogik zur Corona-Krise vom 10.04.2020*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.dgfe.de/fileadmin/OrdnerRedakteure/Sektionen/Sek06_SondPaed/2020_Stellungnahme_Corona.pdf.
- DGfE (Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft) (2020b). *Schulbildung auf Distanz – „Beschulung Zuhause“ in Zeiten von Corona. Stellungnahme des Vorstands der Sektion Schulpädagogik*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.dgfe.de/fileadmin/OrdnerRedakteure/Sektionen/Sek05_SchPaed/2020_Stellungnahme_Schulpaedagogik_Schule_Zuhause.pdf.
- DJI (Deutsches Jugendinstitut) (2020). *Die Kinder- und Jugendhilfe in Corona-Zeiten. Stellungnahmen, Positionspapiere, Plattformen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie: Eine Zusammenstellung*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/aktuelles/news/article/751-die-kinder-und-jugendhilfe-in-corona-zeiten.html>.
- GEBF/DGPs (2020). *Gemeinsame Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Psychologie und der Gesellschaft für Empirische Bildungsforschung zur Situation der Kinder und Jugendlichen während der Coronakrise*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.gebf-ev.de/app/download/9153277876/Stellungnahme_Kinder_Jugendliche_20200520+%281%29.pdf?t=1590398867.
- Güterabwägung in der Krise: Chancen eröffnen für neue Bildungsmöglichkeiten statt zurück zur alten Schule (2020). Petition an den Deutschen Bundestag. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <http://gueterabwaegung-in-der-krise.de/wp-content/uploads/2020/04/Petition-G%C3%BCterabw%C3%A4gung-in-der-Krise.pdf>.
- Habermas, J. (2020). *Interview in der Frankfurter Rundschau vom 10.04.2020*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/juergen-habermas-coronavirus-krise-covid19-interview-13642491.html>.
- Heller, S., & Zügel, O. (2020). *„Schule zu Hause“ in Deutschland. Bestandsaufnahme im Corona-Lockdown aus Perspektive der Schüler/-innen und Eltern*. Auftraggeber: Deutsche Telekom Stiftung. Zürich: accelerom. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.telekom-stiftung.de/homeschooling>.
- Huber, S. G., Günther, P. S., Schneider, N., Helm, C., Schwander, M., Schneider, J. A., & Pruitt, J. (2020). *COVID-19 und aktuelle Herausforderungen in Schule und Bildung. Erste Befunde des Schul-Barometers in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Münster & New York: Waxmann. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.waxmann.com/index.php?eID=download&buchnr=4216>.
- Jones, T. C., Mühlemann, B., Veith, T., Zuchowski, M., Hofmann, J., Stein, A., Edelmann, A., Corman, V. M., & Drosten, C. (2020a). *An Analysis of SARS-CoV-2 Viral Load by Patient Age*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://zoonosen.charite.de/fileadmin/user_upload/microsites/m_cc05/virologie-ccm/dateien_upload/Weitere_Dateien/analysis-of-SARS-CoV-2-viral-load-by-patient-age.pdf.

- Jones, T. C., Mühlemann, B., Veith, T., Biele, G., Zuchowski, M., Hofmann, J., Stein, A., Edelmann, A., Corman, V. M., & Drosten, C. (2020b). *An Analysis of SARS-CoV-2 Viral Load by Patient Age*. Zugriff am 03.06.2020. Verfügbar unter: https://virologie-ccm.charite.de/fileadmin/user_upload/microsites/m_cc05/virologie-ccm/dateien_upload/Weitere_Dateien/Charite_SARS-CoV-2_viral_load_2020-06-02.pdf.
- KMK (2020a). *Zum Umgang mit dem Corona-Virus*. Pressemitteilung zum Beschluss der 369. Kultusministerkonferenz vom 12.03.2020. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/telefonschaltkonferenz-der-bundeskanzlerin-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-am-06-mai-2020-1750988>.
- KMK (2020b). *Prüfungen finden wie geplant statt*. Pressemitteilung zum Beschluss der KMK vom 25.03.2020. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.kmk.org/presse/pressearchiv/mitteilung/kmk-pruefungen-finden-wie-geplant-statt.html>.
- KMK (2020c). *Rahmenkonzept für die Wiederaufnahme von Unterricht in Schulen*. Beschluss der KMK vom 28.04.2020. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2020/2020-04-28-Rahmenkonzept-Oeffnung-von-Schulen.pdf>.
- KMK (2020d). *Gute Lösung zur Bereitstellung von digitalen Endgeräten*. Pressemitteilung vom 15.05.2020. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.kmk.org/presse/pressearchiv/mitteilung/karliczek-hubig-gute-loesung-zur-bereitstellung-von-digitalen-endgeraeten.html>.
- KMK (2020e). *KMK-Beschluss: Schnelle Rückkehr zum Regelbetrieb. Aktuelles vom 05.06.2020*. Zugriff am 05.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/kmk-beschluss-schnelle-rueckkehr-zum-regelbetrieb.html>.
- Knauf, H. (2020). *Corona – Familien am Limit*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Corona+%E2%80%93+Familien+am+Limit.pdf/a31e9a94-9f27-e738-89cd-ac00b4d270b4?t=1588687485712>.
- Kommentar zur Ad-Hoc-Stellungnahme der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina „Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden“* (2020). Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/efp/News_EFP/Kommentar_zur_Leopoldina-Stellungnahme_mit_Unterzeichnenden.pdf.
- Krüger, P., & Schmitz, S. C. (2020). *Leben zu Coronazeiten*. Projektthompage. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.hslu.ch/de-ch/hochschule-luzern/forschung/projekte/detail/?pid=5484>.
- Kugelmeier, D., & Schmolze-Krahn, R. (2020). *Schulöffnungen: Ein Tropfen auf den heißen Stein. So leiden beeinträchtigte Kinder und ihre Eltern unter der Corona-Krise*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.fit.fraunhofer.de/content/dam/fit/de/documents/2020-06-03_Corona-Umfrage-Fraunhofer-Tech-Inc-Lab.pdf.
- Langmeyer, A., Guglhör-Rudan, A., Naab, T., Urlen, M., & Winklhofer, U. (2020). *Kindsein in Zeiten von Corona. Erste Ergebnisse zum veränderten Alltag und zum Wohlbefinden von Kindern*. München: Deutsches Jugendinstitut. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/dasdji/themen/Familie/DJI_Kindsein_Corona_Erste_Ergebnisse.pdf.
- Leopoldina (Deutsche Akademie der Naturforscher) (Hrsg.). (2020a). *Coronavirus-Pandemie in Deutschland: Herausforderungen und Interventionsmöglichkeiten*. 21. März 2020. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020-03-21_Leopoldina_Coronavirus-Pandemie_in_Deutschland_01.pdf.
- Leopoldina (Deutsche Akademie der Naturforscher) (Hrsg.). (2020b). *Coronavirus-Pandemie – Gesundheitsrelevante Maßnahmen*. 03. April 2020. Zugriff am 02.06.2020.

- Verfügbar unter: https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_03_Leopoldina_Stellungnahme_Gesundheitsrelevante_Ma%C3%9Fnahmen_Corona.pdf.
- Leopoldina (Deutsche Akademie der Naturforscher) (Hrsg.). (2020c). *Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden. Dritte Ad-hoc-Stellungnahme*. 13. April 2020. Halle a. d. S. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_%C3%BCberwinden_final.pdf.
- Leopoldina (Deutsche Akademie der Naturforscher) (Hrsg.). (2020d). *Coronavirus-Pandemie: Medizinische Versorgung und patientennahe Forschung in einem adaptiven Gesundheitssystem*. 27. Mai 2020. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_05_27_Stellungnahme_Corona_Gesundheitssystem.pdf.
- Maaz, K., et al. (2020). *Schulen in Zeiten der Pandemie. Empfehlungen für die Gestaltung des Schuljahres 2020/21*. Stellungnahme der Expert_innenkommission der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: FES. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/16228.pdf>.
- Olbrich, M. (2020). Zeugnis und Versetzung – So bewerten die Bundesländer das „Corona-Halbjahr“. *Spiegel-Online*, 12.05.2020. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/schulnoten-in-der-corona-krise-so-gehen-die-bundeslaender-vor-a-8a3717a6-5f0f-469b-b50c-fa50186fd466>.
- Schober, T., Rack-Hoch, A., Kern, A., von Both, U., & Hübner, J. (2020). Coronakrise: Kinder haben das Recht auf Bildung. *Deutsches Ärzteblatt*, 117 (19), A-990/B-837. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.aerzteblatt.de/pdf.asp?id=213829>.
- Schütz, J. (2020). *Bildungsgerechtigkeit und Professionalität in der Krise. Erste Ergebnisse*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.fernuni-hagen.de/zebo/projekte/CoronakriseErgebnisse.shtml>.
- Spiegel-Online (2020). *Für wen Schulen und Kitas wieder öffnen. Übersicht nach Bundesländern*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/corona-regeln-in-den-bundeslaendern-fuer-wen-schulen-und-kitas-oeffnen-a-26bc65d2-3b05-4443-9561-aa54b9bb6499>.
- Steinert, J., & Ebert, C. (2020). *Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen – Zusammenfassung der Ergebnisse*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://drive.google.com/file/d/19Wqpb9nwMNjdgO4_FCqqlfYyLJmBn7y/view.
- Verband Sonderpädagogik (2020). *Offener Brief an die Bundeskanzlerin*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.verband-sonderpaedagogik.de/startseite/meldungen/2020_04_brief_bundeskanzlerin.html.
- Vodafone Stiftung Deutschland (2020a). *Unter Druck. Die Situation von Eltern und ihren schulpflichtigen Kindern während der Schulschließungen*. Eine Befragung von Infratest dimap im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/04/Vodafone-Stiftung-Deutschland_Studie_Unter_Druck.pdf.
- Vodafone Stiftung Deutschland (2020b). *Schule auf Distanz. Perspektiven und Empfehlungen für den neuen Schulalltag*. Eine repräsentative Befragung von Lehrkräften in Deutschland. Eine Befragung des Institutes für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland mit Analysen von Birgit Eickelmann und Kerstin Drossel. Düsseldorf: Vodafone Stiftung Deutschland. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/05/Vodafone-Stiftung-Deutschland_Studie_Schule_auf_Distanz.pdf.
- Walger, P., Huppertz, H.-I., Knuf, M., Exner, M., Fischbach, T., Trapp, S., Hübner, J., & Simon, A. (2020). *Kinder und Jugendliche in der CoVid-19-Pandemie: Schulen und*

Kitas sollen wieder geöffnet werden. Der Schutz von Lehrern, Erziehern, Betreuern und Eltern und die allgemeinen Hygieneregeln stehen dem nicht entgegen. Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene, der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie, der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin und des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte in Deutschland. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://dgpi.de/wp-content/uploads/2020/05/Covid-19_Kinder_Stellungnahme_DGKH_18_05_2020_final_3b.pdf.

Wößmann, L. (2020). Folgekosten ausbleibenden Lernens. Was wir über die Corona-bedingten Schulschließungen aus der Forschung lernen können. *Ifo-Schnelldienst*, 73 (6). Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: <http://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-06-vorab-woessmann-corona-schulschliessungen.pdf>.

Zittelmann, M., Berneiser, C., & Beckmann, K. (2020). *Appell aus der Wissenschaft: Mehr Kinderschutz in der Corona-Pandemie*. Zugriff am 02.06.2020. Verfügbar unter: https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/standard/Aktuelles/Pressemitteilungen/2020/Appell_Kinderschutz.pdf.